



Stadt Hildesheim
Planungsamt

B e g r ü n d u n g

zum Bebauungsplan Nr. 196 "Itzumer Hausberg"

1. Allgemeines

1.1 Lage des Gebietes und bisherige Nutzung

Das Gebiet des Bebauungsplanes liegt in der Gemarkung Itzum und erweitert die vorhandene Ortsbebauung nach Westen. Den Bereich begrenzt im Osten die St.-Georg-Straße, im Süden die Landesstraße 499, im Westen eine Grenze zwischen Hof Spandau und der L 499 und im Norden der Graben nördlich des Spandauer Weges. In einer Tiefe von ca. 140 m sind die nordöstlich des Spandauer Weges gelegenen Grundstücke aus dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes ausgenommen.

Ca. 20 % der Planfläche sind heute bereits bebaute Grundstücke. Die restliche Fläche wird zur Zeit landwirtschaftlich genutzt.

1.2 Eigentumsverhältnisse

Die noch nicht bebauten Flächen befinden sich überwiegend im Besitz von Hildesheimer Baugesellschaften, die bebauten Grundstücke im Besitz von Privatpersonen.

1.3 Erläuterung und Begründung der Planung

1.31 Allgemeine Begründung

Im Entwurf zum Flächennutzungsplan ist das bisher unbebaute Gebiet als Wohnbaufläche, die bebaute Ortslage als gemischte Baufläche dargestellt. Die Entwicklung des Bebauungsplanes aus dem Flächennutzungsplan gem. § 8 Abs. 2 BBauG ist somit gegeben.

Der Flächennutzungsplanentwurf soll demnächst der Bezirksregierung zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Wirksamkeit des Flächennutzungsplanes kann jedoch für die Aufstellung dieses Bebauungsplanes nicht mehr abgewartet werden, da in Hildesheim für ca. 900 Bewerber geeignete Baugrundstücke weder in festgesetzten Baugebieten noch innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortslage im ausreichenden Umfang zur Verfügung stehen und die Bautätigkeit in der Stadt Hildesheim ohne

diesen vorgezogenen Bebauungsplan praktisch "lahmgelegt" wird. Die Ursache der Verzögerung bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes ist der Anlage 3 zu entnehmen.

Der überwiegende Teil der Flächen wurde bereits vor Jahren von den Hildesheimer Baugesellschaften zum Zwecke der Bebauung erworben. Da für diese ausgezeichnete Wohnlage viele Bewerbungen von Bürgern der Stadt Hildesheim vorliegen, die heimische Wirtschaft auf dem Bausektor mit allen daran beteiligten Branchen dringend Aufträge benötigt und preisgünstige Grundstücke kurzfristig angeboten werden sollen, ist die sofortige Aufstellung des Bebauungsplanes erforderlich.

1.32 Begründung der einzelnen Festsetzungen

a) Art und Maß der baulichen Nutzung

Im mittleren Teil des Bebauungsplangebietes wird "Reines Wohngebiet" festgesetzt. An der Landesstraße 499 und an der St.-Georg-Straße sowie in den an Dorfgebiete angrenzenden Flächen soll wegen der möglichen Lärmimmissionen "Allgemeines Wohngebiet" festgesetzt werden (s. Anlage mit Schallimmissionsnachweis).

Die im Südosten des Geltungsbereiches vorhandenen landwirtschaftlichen Hoffflächen sollen ihrer bisherigen Nutzung entsprechend als "Dorfgebiet" (MD) festgesetzt werden.

Nordöstlich der Straße Fuchsberg soll eine ca. 0,8 ha große Fläche "Allgemeines Wohngebiet" werden, da hier die der Versorgung des Gebietes dienenden Dienstleistungs- und Geschäftsbetriebe errichtet werden sollen. An der St.-Georg-Straße wird eine Fläche für Gemeinbedarf angeordnet, darauf ist zur Verbesserung der Versorgung mit kulturellen Einrichtungen

- ein evangelisches Gemeindehaus der Kirchengemeinde Lechstedt
- ein Ortsgemeinschaftshaus

vorgesehen.

Der überwiegende Teil des Geltungsbereiches soll mit freistehenden Einfamilienhäusern in eingeschossiger Bauweise bebaut werden. Diese Bebauung paßt sich der vorhandenen Bebauung des Ortsteils Itzum an.

Nördlich der Ringschließung - am Nordhang der Kuppe - ist eine Bebauung mit Gartenhofhäusern

ausgewiesen, da hier infolge einer natürlichen Senke die bevorzugte Sicht zur Innerste Aue nicht gegeben ist. Zur Differenzierung des Angebotes verschiedener Wohnformen sollen im Nordwestbereich 2-geschossige Reihenhäuser errichtet werden.

Im allgemeinen sind die Höchstwerte der Grund- und Geschoßflächenzahlen gemäß § 17 (1) BauNVO ausgewiesen, um den Grundeigentümern die maximale bauliche Nutzung der Grundstücke zu gewährleisten.

Für die vorhandene zweigeschossige Bebauung an der Itzumer Hauptstraße und am Spandauer Weg sollen nicht die Höchstwerte des § 17 (1) BauNVO festgesetzt werden, damit der überkommene Charakter großzügiger baulicher Nutzung erhalten bleibt. Die topographisch günstige Lage des Südhanges mit ca. 20 % Steigung ist für die Anlage von Terrassenhäusern hervorragend geeignet; sie sollen deshalb hier festgesetzt werden. Die maximal dreigeschossigen Terrassenhäuser können bis zu 6 gestaffelten Geschossen dem Hang folgend, gebaut werden. Zur Sicherung dieser Bauform werden textliche Festsetzungen (sh. Bebauungsplan) getroffen und an der Nordseite der Terrassenhausgrundstücke eine Baulinie festgesetzt. Im übrigen sind die überbaubaren Flächen im Bereich des Bebauungsplanes durch Baugrenzen bestimmt.

Die Terrassenhäuser unterliegen einer Höhenbeschränkung (4,0 m über nördlichem Fußweg). In Verbindung mit der Baulinie soll damit sichergestellt werden, daß sich die Terrassenhäuser der ein- und zweigeschossigen Bebauung in der Nachbarschaft anpassen.

Für die Terrassenhäuser wird die Zahl der Vollgeschosse auf III als Höchstzahl festgesetzt, um bei geringerer Bautiefe die infolge der Staffelung auftretende Dreigeschossigkeit zu ermöglichen.

b) Sonstige Festsetzungen

Im Bereich der Gartenhofhäuser, der Terrassenhausbebauung sowie dort, wo Läden konzentriert in mehrgeschossigem Wohnungsbau entstehen sollen, ist eine abweichende Bauweise festgesetzt, nach der eine Gebäudelänge von mehr als 50 m zulässig ist. Da das nur in der geschlossenen Bauweise zulässig ist, die geschlossene Bauweise jedoch wegen der zwingenden Vorschrift von Grenze zu Grenze zu bauen in diesem Bereich nicht Platz greifen kann, muß eine abweichende Bauweise festgesetzt werden, die die städtebaulichen Zielvorstellungen ermöglicht. Zur Sicherung der Wohnruhe und um eine wirtschaftliche Verdichtung zu ermöglichen, sollen Flächenanteile in den Gemeinschaftsgaragenanlagen zur Berechnung der Grund- und Geschoßflächenzahlen herangezogen werden können.

Um die Gartenhöfe der Einsicht zu entziehen, sind diese durch mindestens 1,75 m hohe Wände zu umgeben. Aus Gründen der Verkehrssicherheit für öffentliche Not-, Rettungs- u. Versorgungsfahrzeuge sowie zur Ermöglichung der Gliederung und Durchgrünung der Wohnwege wird festgesetzt, daß die "Gartenhofwände" um 0,50 m von den Wegen zurückgesetzt werden müssen.

Die nach dem Niedersächsischen Kinderspielplatzgesetz erforderlichen Kinderspielplätze für das Baugebiet sollen im östlichen Bereich und auf der Kuppe des Baugebietes festgesetzt werden.

Nachweis:

Zulässige Geschoßfläche in den Wohngebieten: 83080 qm
erforderliche nutzbare Spielplatzfläche:

$0,02 \times 83080 = 1660 \text{ qm}$

geplante Größe der Spielplätze = 3000 qm Bruttofläche
entspricht etwa = 1660 qm Nettofläche

Lage: Die Spielplatzfläche soll auf zwei Standorte verteilt werden. Die Kreisflächen mit je 300 m Radius um den jeweiligen Kinderspielplatz decken den Geltungsbereich ab, die Spielplätze sind somit von allen Grundstücken der Wohngebiete auf einem Weg von nicht mehr als 400 m erreichbar.

Um sicherzustellen, daß das Baugebiet landschaftsangepaßt begrünt wird, soll festgestellt werden, daß an den öffentlichen Haupterschließungsstraßen heimische Laubbäume zu pflanzen sind.

1.4 Erschließung

Das Baugebiet des Bebauungsplanes Nr.196 wird sowohl über die St.-Georg/Straße/Itzumer Hauptstraße (L 499) als auch über die Adelogstraße erschlossen und so mit Neubaugebieten des Ortsteiles und dem Altdorf verbunden. Die St.-Georg-Straße ist im Hinblick auf eine Belastung durch ca. 2.400 Kfz pro Tag im südlichen Bereich auf 6,50 m Fahrbahnbreite ausgelegt und somit geeignet, den Fahrzeugverkehr aus dem Baugebiet zu bewältigen. Trotzdem ist vorgesehen, zusätzlich im Verlauf der weiteren Besiedlung des Ortsteiles Itzum einen Anschluß an die L 499 zwischen Spandauer Weg und Fuchsberg, wie aus dem Strukturgutachten für die Marienburger Höhe hervorgeht, zu schaffen.

Die um die Kuppe des Baugebietes angeordnete Haupterschließungsstraße enthält einen Anschluß in Höhe der Adelogstraße an die St.-Georg-Straße, und einen weiteren in Höhe des Hofes Spandau an den Spandauer Weg, so daß die spätere Verknüpfung mit den kommenden Neubaugebieten sichergestellt ist,; dafür wird bereits im Bebauungsplan 196 der Spandauer Weg ent-

sprechend dimensioniert. Zur Betonung der Topographie des Itzumer Hausberges erhält die Haupterschließungsstraße eine zweireihige Baumreihe.

Im übrigen erfolgt die Erschließung der Grundstücke vorwiegend über befahrbare Wohnwege, im Bereich des verdichteten Wohnungsbaues über Fußwege.

Die Müllentsorgung des Gartenhofhausgebietes wird durch Großcontainer im Bereich der befahrbaren Straßen sichergestellt.

Die öffentlichen Parkplätze sind, um die Wohnquartiere nicht zu belasten, vorwiegend an der Haupterschließungsstraße angeordnet.

Die Anzahl der öffentlichen Pkw-Parkplätze gemäß Darstellung im Bebauungsplanentwurf beträgt 118 Stück. Die Mindestforderung gemäß Rast E wird damit ausreichend erfüllt.

Für den Fußgänger ist eine besondere Verbindung zur Itzumer Hauptstraße (L 499) über eine Grünfläche geschaffen; hier soll später auch die Bushaltestelle angeordnet werden.

2. Zahlenangaben: sh. Anlage 1.
3. Überschlägliche Kostenangaben und Finanzierung: sh. Anlage 2
- 3.1 Information über Planungsstand des Flächennutzungsplanes: sh. Anlage 3
- 3.2 Lärmschutzuntersuchung im Einfluß der L 499: sh. Anlage 4
4. Bodenordnende und sonstige Maßnahmen.

4.1 Grenzregelung

Wenn eine Einigung von Grundstückseigentümern über einen Tausch von Teilen benachbarter Grundstücke zwecks Herbeiführung einer ordnungsgemäßen Bebauung nicht erreicht wird, muß, wenn dies im öffentlichen Interesse geboten ist, mit einer Grenzregelung gerechnet werden.

4.2 Umlegung

Mit Rücksicht auf die Neugestaltung der Grundstücke wurde eine Umlegung angeordnet.

4.3 Enteignung

Enteignungen können, um Flächen einer den Festsetzungen des Bebauungsplanes entsprechende Nutzung zuzuführen, erforderlich werden.

Hildesheim, den 03.05.1979

Der Oberstadtdirektor
In Vertretung



Der Rat der Stadt Hildesheim hat dieser Begründung in
seiner Sitzung am 21. 5. 79 zugestimmt.

Hildesheim, den
Der Oberstadtdirektor
In Vertretung



Anlage 1 der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 196
" Itzumer Hausberg "

2. Zahlenangaben

2.1 Flächen

2.11	Gesamtfläche des Geltungsbereiches	23,78	ha
2.111	Nicht dem Baugebiet unmittelbar dienenden Flächen	nicht vorh.	ha
2.12	Bruttobauland	23,78 =====	ha
2.121	Flächen, die zum Erschließungsaufwand gehören		
	Straße, Wege, Plätze	4,4	ha
	öffentl. Parkplätze	0,2	ha (25 qm /Platz)
	öffentl. Grünflächen	1,0	ha
	Kinderspielplätze	0,3	ha
	sonstige Flächen		5,5 ha
2.122	Flächen, die nicht zum Erschließungsaufwand gehören		
	Straßen, Wege, Plätze		ha
	Überörtl. Grünflächen		ha
	Kleingärten		ha
	Sportflächen		ha
	Lärmschutzeinrichtungen		ha
	sonstige Flächen		ha
		-	ha 5,5 ha
			18,2
2.13	Nettobauland	=====	ha
2.131	Davon Flächen für Gemeinbedarf	0,5	ha
2.132	Davon Flächen in den Baugebieten		
	WS		ha
	WR	8,15	ha
	WA	6,65	ha
	MI		ha
	MD	2,82	ha
	MK		ha
	GE		ha
	GE gegl.		ha
	GI		ha
	SO		ha
	SW		ha
		17,7	ha

2.2 Nutzung

2.21	a) mögliche Geschoßfläche für Wohnnutzung (Ø GFZ x Nettobauland)	= 10 ha	
	b) tatsächlich zu erwartende Geschoßfläche (0,5 GF) x Nettobauland)	= 5 ha	
2.22	a) mögliche Geschoßflächen für gewerbliche Nutzung (GFZ x Nettobauland)	= -- ha	
	b) zu erwartende Geschoß- fläche für gewerbliche Nutzung (0,75 GFZ x Nettobauland)	= -- ha	
2.23	Anzahl der Einwohner		
2.231	vorhanden	<u>75</u> EW	
2.232	zu erwarten zusammen	<u>675</u> EW	750 =====
2.233	a) Einwohnerdichte brutto	<u>EW</u>	
	Bruttobauland		31 EW =====
	b) Einwohnerdichte netto	<u>EW</u>	
	Nettobauland		41 EW =====
2.24	Anzahl der Wohnungen		
2.241	vorhanden	<u>30</u> WE	
2.242	geplant	<u>270</u> WE	
	zus.:		300 WE =====
2.243	a) Wohnungsdichte brutto	<u>WE</u>	
	Bruttobauland		13 WE/ ha br
	b) Wohnungsdichte netto	<u>WE</u>	
	Nettobauland		17 WE/ ha n.

Begründung zum Bebauungsplan Nr. 196 "Itzumer Hausberg"

Anlage 2

3. Kostenschätzungen:

3.1 Kosten, die zum Erschließungsaufwand gehören

3.11 Grunderwerb und Freilegung der Flächen 600.000,-- DM
(§ 127 BBauG)

3.12 Wert der von der Stadt aus ihrem Vermögen
bereitgestellten Flächen --,-- DM

3.13 Bau der Straßen, Wege, Plätze und Park-
flächen einschließlich deren Entwässerung
und Beleuchtung 4.762.000,-- DM

(Einschließlich des Straßenbegleitgrüns) + 380.000,--

3.14 Ausbau der Grünflächen

Kinderspielplätze 271.000,-- DM

Sonstige Grünflächen 124 000,-- DM

3.15 Summe 3.11 bis 3.14 6 137.000,-- DM

3.16 Von der Stadt zu tragende Kosten 613.700,-- DM
=====

10 % lt. Erschließungsbeitragssatzung

3.2 Kosten die nicht zum Erschließungsaufwand
gehören --,-- DM

3.21 Grunderwerb und Freilegung der Flächen --,-- DM

(Kosten, die nicht unter 3.11 erscheinen)

3.22 Wert der von der Stadt aus ihrem Vermögen
bereitgestellten Flächen --,-- DM

3.23 Bau der Straßen, Wege, Plätze und Park-
flächen einschließlich deren Entwässerung
und Beleuchtung --,-- DM

(Kosten, die nicht unter 3.13 erscheinen)

3.24 Ausbau der Grünflächen

(Flächen, die nicht unter 3.14 aufgeführt sind)

3.25 Summe 3.21 bis 3.24 --,-- DM

3.26 Zuschüsse zu 3.21 bis 3.24 --,-- DM

(gegebenenfalls Gesetz angeben)

3.27 Kosten, die der Stadt aus 3.21 bis
3.24 verbleiben --,-- DM
=====

3.3 Kanalbaukosten 4.2 Mio.^{DM}
Werden durch Beitrag und Gebühren
kostendeckend erstattet DM

3.4 Anlagen des Gemeinbedarfs
In städtischer Hand nicht vorhanden.

3.5 Kosten, die der Stadt insgesamt voraussicht-
lich verbleiben (nur Punkt 3.16) 613.700,--DM
=====

3.6 Finanzierung

3.61 Kosten gemäß Punkt 3.1

Sind in der mittelfristigen Investitionsplanung von
1978 - 1982 erfaßt. Diese ist Anlage des Haushalts-
planes 1978.

3.62 Kosten gemäß Punkt 3.3

Sind in der mittelfristigen Investitionsplanung von
1978 - 1980 erfaßt. Diese ist Anlage des Haushalts-
planes 1978.

Anlage 3 zur Begründung des Bebauungsplanes Nr. 196

Daten zur Aufstellung des Flächennutzungsplanes

- | | |
|-------------------------------|--|
| 09.07.1973 | - Aufstellungsbeschluß |
| 1973 - 1974 | - Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange |
| 10.07.1973 | - Beantragung der Bekanntgabe des Landesplanerischen Rahmenprogramms |
| | - November 1973, Zusendung des Entwurfs des Landesplanerischen Rahmenprogramms |
| | - Oktober 1974, Zusendung des Diskussionsentwurfs des Landesplanerischen Rahmenprogramms |
| Nov. 1973 -
Mitte 1974 | - Erarbeitung von Grundlagenplänen und dem Modell der räumlichen Ordnung. Ratszustimmung am 18.11.1974. |
| 01.04.1974 | - Ratsbeschluß zur Fortschreibung des Generalverkehrsplanes
Zeitliche Verzögerungen der dafür erforderlichen Datenerfassung, bedingt durch die Einkreisung der Stadt und Verlagerung von Zuständigkeiten. |
| 01.04.1974 | - Gebiets- und Verwaltungsreform, geeignete kartografische Unterlagen waren erst ab Sommer 1974 vorhanden. |
| 09.06.1974 | - Neuwahlen auf Kommunalebene |
| 03.04.1975 | - Wiederholung der Kommunalwahlen. |
| von Mitte 1974 -
Ende 1975 | - Erarbeitung des Vorentwurfes des Flächennutzungsplanes, sowie der Ortsteilpläne |
| 08.03.1976 | - Auftrag des Rates an die Verwaltung, den Flächennutzungsplanentwurf den zuständigen Ortsräten zur Beratung vorzustellen.

Beratung in den Ortsräten in der Zeit vom 22.04. bis 09.06.1976 |
| 25.04.1977 | - Nach Überarbeitung des Vorentwurfes Zustimmung des Rates zum Entwurf des Flächennutzungsplanes. Auftrag an die Verwaltung die Träger öffentlicher Belange zu beteiligen und die vorgezogene Bürgerbeteiligung durchzuführen.

Nach Erarbeitung einer Informationsbroschüre wurde die Bürgerbeteiligung in der Zeit vom |

16.01. bis 27.02.1978 durchgeführt.

- 29.05.1978 - Ratsbeschluß zur öffentlichen Auslegung des
Flächennutzungsplanentwurfs.
- 30.06. -
31.07.1978 - Öffentliche Auslegung gemäß § 2 a (6) Bundes-
baugesetz
- 16.11.1978 - Vorlage des Flächennutzungsplans, nebst Er-
läuterungsberichts, bei der Bezirksregierung
Hannover, mit der Bitte um Genehmigung.
- 13.02.1979 - Zurücknahme des Flächennutzungsplans aus dem
Genehmigungsverfahren, aufgrund der Unstimmig-
keiten bei der Abgrenzung der Landschaftsschutz-
gebiete im Stadtbereich und wegen sonstiger
Abwägungsdifferenzen bei der Beurteilung der
Bedenken und Anregungen.

Besondere verfahrensmäßige Schwierigkeiten bei der
Aufstellung des Flächennutzungsplanes

1. Die Bekanntgabe des Landesplanerischen Rahmenprogramms führte nicht zu einem endgültigen Entwurf.

Letzter Stand: Diskussionsentwurf Juli 1974

2. Die für den Flächennutzungsplan wichtige Fortschreibung des Generalverkehrsplans verzögerte sich,
 - a) da die erforderliche Datenerfassung durch die Einkreisung der Stadt und die damit verbundene Verlagerung von Zuständigkeiten erschwert wurde.
 - b) da durch den Verkehrsplaner gleichzeitig für Stadt- und Landkreis Generalverkehrspläne fortgeschrieben wurden und durch Fehlen von erforderlichen Daten im Stadt-Land-Grenzbereich eine Abstimmung derselben kurzfristig nicht möglich war.
3. Durch die kommunale Neugliederung vom 1.4.1974 entstanden Schwierigkeiten bei der Beschaffung von kartografischen Unterlagen.
4. Wegen Unregelmäßigkeiten bei den Kommunalwahlen am 09.06.1974 wurde eine Wiederholungswahl am 03.04.1975 erforderlich.
5. Die bei der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (am 5.09.1977) gesetzte angemessene Frist wurde von den meisten Trägern öffentlicher Belange nicht eingehalten. Es wurden bis zu 3 Monate Fristverlängerung beantragt. Die letzten Stellungnahmen gingen erst Anfang März 1978 ein.
6. Aufgrund der Unstimmigkeiten bei der Abgrenzung der Landschaftsschutzgebiete im Stadtgebiet und um die Abwägungsdifferenzen bei der Beurteilung der Bedenken und Anregungen nochmals in den strittigen Fragen prüfen zu können, wurde mit Schreiben vom 13.02.1979 der Flächennutzungsplan aus dem Genehmigungsverfahren vorerst zurückgezogen.

Anlage zur Begründung zum Bebauungsplan Nr. 196
Itzumer Hausberg

Lärmschutzuntersuchung für das Wohngebiet nördlich
der Landstraße 499 "Itzumer Hauptstraße"

Untersuchungsbereich:

Vorhandene und neue Wohnhäuser im WA-Gebiet in der 1. Reihe
mit Abstand von 25 m

DTV = 2570 Kfz/24 Std.

Annahme gemäß DIN 18005 Entwurf 1976

tagsüber : $2570 \times 0,9 : 16 = 145 \text{ Kfz/h}$

nachts : $2570 \times 0,1 : 8 = 33 \text{ Kfz/h}$

Lkw-Anteil tagsüber : 10 %

nachts : 5 %

Pkw/h: tags: 131 Pkw/h nachts: 14 Lkw/h

Lkw/h tags: 14 Lkw/h nachts: 2 Lkw/h

aus Bild 2 für $V = 50 \text{ km/h}$

tagsüber $L_{Am} \text{ Pkw} = 52 \text{ dB(A)}$ in 25 m Abstand

nachts $L_{Am} \text{ Pkw} = 45,8 \text{ dB(A)}$ in 25 m Abstand

aus Bild 3 für $V = 50 \text{ km/h}$

tagsüber $L_{Am} \text{ Lkw} = 57 \text{ dB(A)}$ in 25 m Abstand

nachts $L_{Am} \text{ Lkw} = 48,5 \text{ dB(A)}$ in 25 m Abstand

Überlagerung Ermittlung gemäß Bild 17 $(52 + 57) \text{ tags und } (45,8 + 48,5) \text{ nachts}$

L tagsüber : 58 dB(A)

L nachts : 50 dB(A)

Planungsrichtpegel im WA-Gebiet gemäß DIN 18005 Entwurf '71 =
55/40 dB(A) Tag-/Nachtwerte.

Durch eine dichte Buschwerksbepflanzung kann der Pegel etwa
um 2 dB (A) abgesenkt werden. Die Überschreitung beträgt somit
tags = 1 dB(A) und nachts = 8 dB(A). Der in DIN 18005,
Mai 1971 Ziffer 5 gesetzte Rahmen von max. 10 dB(A) wird
nicht überschritten.